

# Beschluss

beschlossen auf der ordentliche Landesversammlung  
am 23./24.10.2010 in Würzburg

---

**Gegenstand: Schwarz-gelber Atomdeal:  
Gefährlich – schädlich - undemokratisch**

---

Der schwarz-gelbe Atomdeal ist ein Kniefall vor den vier großen Atomkonzernen. Union und FDP haben den Energieriesen damit den roten Teppich ausgerollt, weiterhin mit einer Hochrisikotechnologie Milliarden Gewinne einzufahren und die wachsende Konkurrenz der Erneuerbaren Energien zurückzudrängen.

## **Konzerninteressen gegen Gefährdung von Gesundheit und Leben**

Die geplante Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre ist – bei ehrlicher Betrachtung – eine Verlängerung der Restlaufzeiten auf das Dreifache. Bei dem Uraltreaktor Isar 1 sollen sogar aus acht Monaten 10 Jahre werden.

Das Risiko steigt aber um mehr als das Dreifache. Denn die Reaktoren werden mit zunehmendem Alter auch noch störanfälliger.

Ein Schlag ins Gesicht für die Menschen in Bayern ist insbesondere, dass der umstrittene Reaktor Isar 1 nicht wie geplant im kommenden Jahr abgeschaltet wird. Auch die Bundesregierung hat eingeräumt, dass Bayerns ältester Reaktor nicht ausreichend gegen Terroranschläge gesichert ist. Die Bundesregierung hat darauf verzichtet, den Schutz gegen massive Einwirkungen von außen (Flugzeugabsturz, terroristische Anschläge) einzufordern. Die Auslegung des Reaktors Isar 1 mit einer Wandstärke von 40 cm bietet keinen Schutz für den Absturz eines großen Passagierflugzeugs – und das, obwohl das AKW in der Einfugschneise des Großflughafens München liegt. Auch die anderen Reaktoren sind nicht gesichert gegen einen Absturz z.B. eines Airbus A380.

Dazu kommt, dass einige zentrale konstruktionsbedingte Mängel bei Isar 1 auch durch Nachrüstungen nicht beseitigt werden können. Das bisher bekannt gewordene Nachrüstprogramm wird weitgehend wirkungslos bleiben.

## **Eine energiepolitische Rolle zurück ins Vorgestern – schädlich für Bayern**

Besonders für Bayern sind die schwarz-gelben Pläne fatal: Kein Bundesland hat sich so abhängig von der Atomkraft gemacht wie Bayern. Mehr als 60 Prozent des bayerischen Stroms werden in den fünf AKW-Standorten produziert. Doch anstatt konsequent die Energiewende voranzutreiben, werden die überkommenen Strukturen auf Jahrzehnte hinaus zementiert.

Dies ist nicht nur sicherheitspolitisch gefährlich, sondern vor allem auch energiepolitisch fatal. Bereits heute haben wir in Bayern ein Überangebot an Kraftwerken. Bayern ist dank des Ausbaus der erneuerbaren Energien seit Jahren ein Stromexportland. Nach den Plänen der Bundesregierung würde sich an der konventionellen Stromerzeugung in Bayern bis zum Ende dieses Jahrzehnts nichts ändern. Das bedeutet: Erneuerbare Energien müssten in einen bayerischen Strommarkt mit seinem deutlichen Überangebot an Kraftwerkskapazitäten förmlich hineingepresst, bzw. hinein-

subventioniert werden. Damit werden erneuerbare Energien künstlich verteuert und damit massiv behindert. Die Atompläne der Bundesregierung schwächen die erneuerbaren Energien in unabweisbarem Ausmaß. Die Erfolgsgeschichte, die die erneuerbaren Energien gerade in Bayern auch für den Mittelstand geschrieben haben, ist damit hochgradig gefährdet.

Zu recht protestieren Stadtwerke und Unternehmen aus der Branche der Erneuerbare Energien, dass ihnen mit der Laufzeitverlängerung die Grundlagen für neue Investitionen entzogen werden.

### **Scheinheilige Einsichten**

Stefan Mappus sagt, man müsse bei Großprojekten die Bürger besser beteiligen. Heiner Geißler sagt, die Zeit für Basta-Entscheidungen sei vorbei.

Doch die Bundesregierung betreibt das glatte Gegenteil. Der Atomdeal trägt die Handschrift der vier Stromkonzerne. Die Bürgerinnen und Bürger werden ignoriert. Der Bundesrat wird ignoriert. Der von der Bundesregierung berufene Sachverständigenrat für Umweltfragen wird ignoriert. Das Umweltbundesamt und das Bundesamt für Strahlenschutz werden ignoriert. Die Interessen der mittelständischen Unternehmen und Stadtwerke werden ignoriert.

Die Gespräche mit den EVU's waren intensiver als die Debatte im Bundestag. Und anschließend wird es heißen: die Entscheidung sei demokratisch legitimiert.

Obwohl die Regierung vorgibt, die Sicherheit der alten Reaktoren zu steigern, schränkt sie die Klagemöglichkeiten von Anwohnern gegen den Betrieb der Reaktoren weiter ein.

Die Bayerischen Grünen fordern die Regierungsfractionen von CDU/CSU und FDP auf, ihren Gesetzentwurf zur Laufzeitverlängerung zurückzuziehen.

Die Bayerischen Grünen werden gemeinsam mit vielen Initiativen, Verbänden und Parteien gegen diese Laufzeitverlängerung mobilisieren.

Die Bayerischen Grünen unterstützen die Demonstration am 6. November in Dannenberg und rufen auf die gewaltfreien Aktionen anlässlich des Castor-Transports entlang der Strecke und im Wendland zu unterstützen und sich daran zu beteiligen. Wir sind solidarisch mit allen, die wegen gewaltfreier Aktionen kriminalisiert werden sollen.

Die Bayerischen Grünen werden sich dafür einsetzen, dass das Atomkraftwerk Isar 1 schnellstmöglich vom Netz geht. Wir unterstützen die lokalen Bürgerinitiativen bei ihren Protestaktionen.

Die Bayerischen Grünen fordern die Bundestagsfraktion und die Grünen in Regierungsverantwortung, die Klagen gegen die geplante Laufzeitverlängerung zu unterstützen.

Die Bayerischen Grünen fordern die Bundespartei auf, möglichst schnell ein Konzept zu erarbeiten, wie bei einer Regierungsbeteiligung die Laufzeitverlängerung rückgängig gemacht werden kann, die sieben ältesten Reaktoren sofort stillgelegt werden können und der Atomausstieg bis zum Jahr 2021 vollzogen werden kann.

Die Bayerischen Grünen werden Stadtwerke und Stromerzeuger aus Erneuerbaren Energien und KWK politisch unterstützen, damit deren Interessen nicht den Atomkonzerninteressen geopfert werden.